

Niederschrift

über die in der 19. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 11.09.2018 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung: 16:03 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 16:38 Uhr

anwesend sind:

Angenendt, Brigitte	Kleve
Düllings, Paul	Issum
Klinkhammer, Robert	Rees
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurd
Poell, Peter	Goch
Selders, Hannes	Wallfahrtsstadt Kevelaer
Wolters, Stephan	Geldern
Brandt, Klaus	Bedburg-Hau
Derstappen, Gerda	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Vopersal, Jörg (Vorsitzender)	Wallfahrtsstadt Kevelaer
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Kerkman, Arie	Goch
Habicht, Kai	Kerken
Derksen, Herbert	Kleve

entschuldigt sind

von Elverfeldt, Max	Weeze
Friedmann, Peter	Rees
van Ooyen, Alfons	Weeze
Preußner, Jürgen	Geldern
Heinricks, Michael (beratendes Mitglied)	Kerken

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Dr. Reynders, Hermann
Hälker, Silke
Bäumen, Thomas
Hermsen, Ralf (als Schriftführer)

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Vorsitzende die Sitzungsteilnehmer sowie die Vertreter der Verwaltung und eine ZuhörerIn.

Anschließend stellt er fest, dass die Einladung zur Sitzung und Information der Öffentlichkeit ordnungsgemäß erfolgt sind und der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung beschlussfähig ist.

Nachdem es keine Anregungen bzw. Anmerkungen zur Tagesordnung gibt, weist der Vorsitzende darauf hin, dass noch über eine Beanstandung der letzten Niederschrift durch Frau

Eicker zu entscheiden sei. Hierzu habe die Verwaltung eine Synopse, der die Korrekturwünsche zu entnehmen seien, ausgelegt.

Frau Eicker erläutert ihr Anliegen. Zum einen werde durch das Wort „müssen“ die klare Position hinsichtlich der Streichung des 5-ha-Ziels deutlich. Zum anderen sei es ihr wichtig, auf den Einschub „soweit die örtlichen Verhältnisse dies ermöglichen“ hinzuweisen, da damit klar gestellt würde, dass auch die kommunalen Belange vor Ort berücksichtigt würden. Sofern eine Änderung der letzten Niederschrift nicht möglich sei, sollten ihre Anmerkungen in das Protokoll zur heutigen Sitzung aufgenommen werden.

Herr Selders teilt mit, dass es aus seiner Sicht nicht möglich sei, auf Zuruf die gewünschten Änderungen im Ausschuss zu behandeln. Die letzte Sitzung liege schon zu lange zurück, um nun auf die Schnelle entscheiden zu können. Die Änderungswünsche könnten daher nur zur Kenntnis genommen werden.

Herr Spreen macht darauf aufmerksam, dass Wortbeiträge nicht sinnverfälschend wiedergegeben dürften. Da Frau Eickers Anliegen der Niederschrift zur heutigen Sitzung zu entnehmen sein werde, könne zur Verfahrensvereinfachung -vorausgesetzt Frau Eicker ist einverstanden- auf eine weitere Behandlung dieses Themas verzichtet werden.

Frau Eicker erklärt sich damit einverstanden. Sie merkt an, dass sie bezüglich des verfahrensmäßigen Umgangs mit Ihrem Änderungswunsch verunsichert gewesen sei, da sie für heute die Festsetzung eines entsprechenden Tagesordnungspunkts erwartet habe.

Herr Spreen weist auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Kleve hin. Nach § 25 Abs. 6 der Geschäftsordnung, der nach § 27 auch für die Ausschüsse gelte, habe der Ausschuss in der nächsten Sitzung über form- und fristgerecht eingereichte Einwendungen gegen die Niederschrift zu entscheiden. Ein gesonderter Tagesordnungspunkt erübrige sich. Soweit er sich richtig erinnere, seien in der Vergangenheit vergleichbare Fälle fast durchweg durch eine Aufnahme der entsprechenden Wortbeiträge in das Protokoll zur nächsten Sitzung gelöst worden.

Frau Eicker bestätigt nochmals ihr Einverständnis.

Herr Düllings erklärt, dass es aus seiner Sicht schwierig sei, auf der Grundlage einer „Tischvorlage“ zu einer Diskussion aus der vergangenen Sitzung zurückzuspringen. Er greife daher Frau Eickers Anmerkung auf und schlage der Verwaltung vor, nochmals zu prüfen, ob ein solches Anliegen nicht doch als gesonderter Tagesordnungspunkt zu behandeln sei.

Herr Papen drückt seine Verwunderung über die Diskussion aus. Er macht darauf aufmerksam, dass kein Wortprotokoll geführt werde. Eine Änderung der letzten Niederschrift komme daher seines Erachtens nicht in Betracht. Mit der Aufnahme der diesbezüglichen Äußerungen in das Protokoll zur heutigen Sitzung sei die Angelegenheit abgeschlossen.

Herr Palmen teilt mit, dass man das Verfahren noch einfacher gestalten könne, wenn Frau Eicker erkläre, dass der ausgelegte Korrekturwunsch der Niederschrift über die heutige Sitzung beigelegt werde.

Da hiergegen keine Bedenken geäußert werden, schließt Herr Vopersal die Diskussion mit der Anmerkung, dass die Synopse der Niederschrift beigelegt werde.

Die Frage des Vorsitzenden an die Ausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt für befangen hält, wird von allen Ausschussmitgliedern verneint.

Öffentliche Sitzung

1. **Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 – Weeze** 881 /WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (Bebauungsplan Weeze Nr. 36 ‚Phillipsen Wiesen‘)
2. **Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 05 – Kalkar** 882 /WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Kalkar (12. Änderung des Bebauungsplans Nr. 14 ‚Altkalkar Postweg‘)
3. **Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 – Geldern-Issum** 883 /WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (20. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geldern und Aufstellung des Bebauungsplans Geldern Nr. 153 ‚Gewerbegebiet Pannofen West‘ im Parallelverfahren)
4. **Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 07 – Goch** 884 /WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch (105. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Goch und Aufstellung des Bebauungsplans Goch Nr. 27 ‚Pfalzdorf, Motzfeldstraße‘ im Parallelverfahren)
5. **Mitteilungen**

Sachstandsbericht zum Nahverkehrsplan des Kreises Kleve 892 /WP14
Entwicklung einer Applikation (App) für den „Night-Mover 2.0“ 893 /WP14
6. **Anfragen**

Nichtöffentliche Sitzung

7. Mitteilungen
8. Anfragen

Öffentliche Sitzung

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: 881/WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 – Weeze

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (Bebauungsplan Weeze Nr. 36 ‚Phillipsen Wiesen‘)

Herr Dr. Reynders informiert den Ausschuss über das Ergebnis der Beratungen im Naturschutzbeirat. Dieser habe sich mehrheitlich dem Vorschlag der Verwaltung angeschlossen. Im Einzelnen gab es 7 Zustimmungen, 3 Ablehnungen und 2 Enthaltungen.

Wortbeiträge folgen nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplans Weeze Nr. 36 - Phillipsen Wiesen, sofern

- der Bereich des vorhandenen und zu schützenden Gehölzbestands entlang der Eisenbahnlinie auf den privaten Flächen durch geeignete Maßnahmen -z. B. Auspflocken- kenntlich gemacht wird, damit die zu sichernde Grünstruktur von den künftigen Grundstücksnutzern beachtet wird und
- die im nördlichen und östlichen Bereich geplanten öffentlichen Grünflächen einschließlich Versickerungs- und Bepflanzungsbereiche durch einen Zaun an der Grenze zum Allgemeinen Wohngebiet vor zweckentfremdenden Nutzungen gesichert werden.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

882/WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 05 – Kalkar

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Kalkar (12. Änderung des Bebauungsplans Nr. 14 ‚Altkalkar Postweg‘)

Herr Dr. Reynders informiert den Ausschuss über das einstimmige Ergebnis im Naturschutzbeirat.

Herr Habicht erkundigt sich, warum in der Vorlage anstelle des Datums zum Ratsbeschluss der Stadt Kalkar ein dreifaches „x“ eingesetzt worden sei.

Herr Dr. Reynders antwortet, dass es sich um eine Verwaltungsvorlage handele, die mehrere Gremien durchlaufe. Es sei nicht unüblich, dass aufgrund der frühzeitigen Ausarbeitung der Vorlage ein noch ausstehendes Datum durch einen entsprechenden Platzhalter ersetzt werde.

Herr Düllings erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimme. Dass die Kommunen von der Möglichkeit des beschleunigten Verfahrens nach § 13 b Baugesetzbuch Gebrauch machten, begrüße er ausdrücklich. Die entsprechenden planungsrechtlichen Verfahren seien Voraussetzung für die Schaffung notwendigen Wohnraums.

Frau Sickelmann teilt mit, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls zustimmen werde, jedoch abweichend von den Ausführungen des Herrn Düllings in der steigenden Anzahl der beschleunigten Verfahren keine positive Entwicklung sehe. Da kein dauerhafter Ausgleich geschaffen werde, führe die Anwendung des Verfahrens zu einem dauerhaften Verlust an Landschaft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die 12. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 ‚Altkalkar Postweg‘.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

883/WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 – Geldern-Issum

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (20. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geldern und Aufstellung des Bebauungsplans Geldern Nr. 153 ‚Gewerbegebiet Pannofen West‘ im Parallelverfahren)

Herr Dr. Reynders informiert den Ausschuss über das einstimmige Ergebnis im Naturschutzbeirat. (Zuvor hat er auf einen redaktionellen Fehler hingewiesen: Auf Seite 1 der Vorlage muss es anstatt „B 9“ „B 58“ heißen.)

Wortbeiträge folgen nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde bestehen keine Bedenken gegen die 20. Änderung des Flächennutzungsplans, sofern

- im Bebauungsplan auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden und
- eine landschaftsgerechte Eingrünung des neuen Baugebietes mit standortgerechten, heimischen Wildgehölzen erfolgt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

884/WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 07 – Goch

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch (105. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Goch und Aufstellung des Bebauungsplans Goch Nr. 27 ‚Pfalzdorf, Motzfeldstraße‘ im Parallelverfahren)

Herr Dr. Reynders informiert den Ausschuss über das Ergebnis der Beratungen im Naturschutzbeirat (einstimmig bei einer Enthaltung).

Herr Dr. Prior fragt, ob mit den in der Vorlage aufgeführten Zahlen zu den Kita-Plätzen bestehende Plätze oder zusätzliche Plätze gemeint seien.

Herr Spreen merkt an, dass es sich aus seiner Sicht um die Zahlen der zu schaffenden Plätze handele. Er macht weiter darauf aufmerksam, dass diese Frage für die naturschutzrechtliche Betrachtung der Planung nicht relevant sei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die 105. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Goch und die Aufstellung des Bebauungsplans Goch Nr. 27 ‚Pfalzdorf, Motzfeldstraße‘ im Parallelverfahren, sofern die Vorgaben des

Landschaftspflegerischen Begleitplans als Bestandteil des Bebauungsplans vollumfänglich berücksichtigt werden und das verbleibende rechnerische Defizit in Höhe von 723 Ökopunkten über das Ökokonto der Stadt Goch ausgeglichen wird.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Mitteilungen

- Sachstandsbericht zum Nahverkehrsplan des Kreises Kleve, Vorlage 892/ WP14

Herr Spreen erklärt, dass ein weiterer mündlicher Bericht nicht vorgesehen sei. Der Fortgang des Verfahrens bleibe abzuwarten. Der Ausschuss werde hierüber weiterhin informiert.

- Entwicklung einer Applikation (App) für den „Night-Mover 2.0“, Vorlage 893/ WP14

Herr Spreen teilt ergänzend mit, dass zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe eine mögliche Kooperation noch nicht vorhersehbar gewesen sei. Es sei aber ein positives Zeichen, wenn ein Nachbarkreis sich melde und an einer Zusammenarbeit interessiert sei.

Herr Düllings knüpft daran an und betont, dass es sich bei dem Modell „Nightmover“ um ein Erfolgsmodell handele, über das auch in den Nachbarkreisen geredet werde. Es sei nun bereits mehr als 20 Jahre her, als das Projekt ins Leben gerufen wurde. Dies belege, dass zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen worden seien. Man wäre über die Kooperation mit dem Kreis Viersen hinaus auch für weitere Kooperationen offen.

Herr Habicht erkundigt sich, ob es nicht sinnvoll sei, in den anderen Nachbarkreisen nachzufragen, ob ebenfalls ein Interesse an einer Zusammenarbeit bestünde.

Herr Spreen erläutert, dass es sich lediglich um eine gemeinsame App und nicht um einen gemeinsamen „Nightmover“ handele. Zu bedenken sei, dass es sich um ein Gesamtmodell handele, welches Kosten verursache. Die Entscheidung des Kreises Kleve für die Einführung des „Nightmover“ liege fast 20 Jahre zurück. Das Modell sei mittlerweile in den Nachbarkreisen bekannt, jedoch setze die Einführung eines solchen Modells grundsätzlich eine politische Entscheidung voraus. Das „Andienen“ des Projekts sei daher ambivalent zu sehen. Nicht zu vergessen sei zudem, dass das Projekt aus Gründen der Unfallprävention eingeführt worden sei. Aufgrund der langen, geraden und gut ausgebauten Straßen im Kreis Kleve sei die Zahl der Verkehrstoten im Kreis Kleve schon immer sehr hoch gewesen. In den letzten Jahren haben sich diese Zahlen zwar verbessert jedoch seien sie immer noch hoch. Der Kreis Kleve sei für weitere Kooperationen offen, jedoch werde davon abgesehen, entsprechende Empfehlungen gegenüber anderen Gebietskörperschaften auszusprechen. Dies könnte politische Prozesse in Gang setzen, durch die ein gewisser Druck entstehen könnte. Dies sei nicht gewollt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Anfragen

Frau Sickelmann stellt die Frage, ob der Kreis Kleve schon einen Überblick über die durch die Trockenheit entstandenen Schäden habe und ob beabsichtigt sei, etwas gegen die Schäden zu tun.

Herr Spreen teilt mit, dass der Kreis Kleve, soweit er eine eigene unmittelbare Verantwortung für eigene Flächen habe, entsprechende Maßnahmen ergreifen werde. Darüber hinaus liege der Ausgleich von Schäden nicht in der Verantwortung des Kreises. Für bestimmte Schäden

seien Fördermöglichkeiten durch den Bund bzw. das Land geplant. Für Sonderflächen wie Wälder ergebe sich die Zuständigkeit aus den jeweiligen Eigentumsverhältnissen.

Frau Sickelmann erklärt, dass sie in erster Linie die Schäden an Bäumen und Anpflanzungen anspreche, die in den letzten Jahren als Ausgleichspflanzungen angelegt worden seien.

Herr Spreen bestätigt, dass eine entsprechende Verantwortung für eigene Flächen bestehe, der Kreis Kleve darüber hinaus aber nicht aktiv werde.

Frau Eicker spricht einen Ende August erschienenen Presseartikel an, nach dem die Region nachts zur taxifreien Zone werde. Demnach sei es an Wochenenden fast nicht möglich, ein Taxi zu bekommen und während der Woche nur sehr schwierig. Frau Eicker fragt, ob dies nicht unmittelbare Auswirkungen auf den „Nightmover“ habe, da das Funktionieren des Modells auf den Einsatz von Taxis angewiesen sei.

Herr Spreen antwortet, dass ihm keine entsprechenden „Mangelercheinungen“ in Bezug auf den „Nightmover“ bekannt seien. Auch in dem Zeitungsartikel seien diesbezüglich keine Probleme angesprochen worden. Zu den im Artikel angedeuteten Beschwerden der Unternehmer über einen nicht auskömmlichen Taxitarif sei anzumerken, dass dieses Thema nicht im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung zu behandeln sei. Entsprechende Beschlüsse würden im Kreisausschuss und Kreistag gefasst. Seit Anfang des Jahres laufe aufgrund des Antrags eines Taxiunternehmens ein gutachterliches Verfahren, in das zahlreiche Beteiligte einzubinden seien. Sofern sich daraus der Bedarf einer Anpassung des Tarifs ergebe, werde eine entsprechende Beratung im Kreisausschuss und im Kreistag erfolgen. Negative Auswirkungen auf den „Nightmover“ gebe es nicht.

Herr Kerkmann spricht die Schnellbuslinie Emmerich am Rhein-Kleve-Nimwegen an. Er fragt, ob es hinsichtlich der Verlängerung der Linie bis zur Radboud-Universität neue Erkenntnisse gebe.

Herr Spreen sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Vor dem Hintergrund des Brückeneinsturzes in Genua und der Information, dass in Italien 10.000 Brücken sanierungsbedürftig seien, stellt Herr Palmen die Frage, ob es auch im Kreis Kleve Probleme mit dem Zustand von Brücken gebe. Für Bundesstraßen sei eine gesetzliche Kontrolle über die „Bauwerksprüfung“ sichergestellt. Er möchte wissen, ob für Kreisstraßen vergleichbare Aussagen über den Zustand von Brücken gemacht werden könnten.

Herr Spreen sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Er weist darauf hin, dass hierzu die für Kreisstraßen zuständige KKB GmbH eingebunden werden müsse.

Herr Derksen erkundigt sich mit Hinweis auf die Auswirkungen des Klimawandels, ob es beim Kreis Kleve eine Beratung zum Thema „klimaangepasstes Bauen“ gebe.

Herr Spreen antwortet, dass das Bauen im engeren Sinne Sache der kreisangehörigen Kommunen sei. Diese legen fest, ob, wie, und wo Baugebiete entstehen können. Als passendes Beispiel sei die aktuell entstehende Klimaschutzsiedlung in Kleve zu erwähnen. Auch die einzelnen Bauherren könnten diesbezüglich verschiedene Maßnahmen umsetzen. Für Bauherren gebe es bereits jetzt zahlreiche Beratungsmöglichkeiten. Eine eigene Beratungsstelle habe der Kreis Kleve nicht.

Nachdem keine weiteren Anfragen zum öffentlichen Teil vorgetragen werden, stellt der Vorsitzende die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her. Da es weder Mitteilungen noch Anfragen zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung gibt, schließt der Vorsitzende um 16.38 Uhr die Sitzung.

gez. Hermsen
(Schriftführer)

gez. Vopersal
(Vorsitzender)